

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

Zwischen

dem **Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.**

Glinkastraße 40, 10117 Berlin

vertreten durch den Hauptgeschäftsführer

Herrn Dr. Stephan Fasshauer

- nachstehend **A u f t r a g g e b e r** (AG) genannt -

und

dem **Auftragnehmer**

Adresse

vertreten durch NAME

- nachstehend **A u f t r a g n e h m e r** (AN) genannt -

gemeinsam

- nachstend die Parteien -

wird zum Bauvorhaben „Neubau sowie Umbau- und Sanierungsarbeiten der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU) in Bad Hersfeld – Standorterweiterung II“ folgender Vertrag geschlossen:

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

## Inhaltsverzeichnis

|      |  |    |
|------|--|----|
| § 1  | Gegenstand des Vertrages.....  | 3  |
| § 2  | Grundlagen des Vertrages .....   | 3  |
| § 3  | Leistungen des AN .....  | 5  |
| § 4  | Leistungsänderungen .....  | 6  |
| § 5  | Allgemeine Pflichten des AN.....                                       | 6  |
| § 6  | Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten.....   | 8  |
| § 7  | Arbeitsgemeinschaft .....  | 8  |
| § 8  | Nachunternehmer .....  | 9  |
| § 9  | Termine und Fristen .....  | 10 |
| § 10 | Einhaltung der Verpflichtung aus dem Mindestlohngesetz (MiLoG).....    | 11 |
| § 11 | Vergütung/Zahlung .....  | 12 |
| § 12 | Vergütung zusätzlicher Leistungen.....                                 | 13 |
| § 13 | Abtretung .....  | 13 |
| § 14 | Kündigung.....   | 14 |
| § 15 | Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen .....   | 14 |
| § 16 | Haftplichtversicherung des AN.....                                     | 14 |
| § 17 | Herausgabeansprüche der AN.....  | 15 |
| § 18 | Urheberrecht .....   | 15 |
| § 19 | Abnahme und Verjährung .....   | 16 |
| § 20 | Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB und Antikorruptionsklausel ..... | 16 |
| § 21 | Ergänzende Vereinbarungen.....   | 17 |

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

## § 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages sind Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung der Kostengruppe 471 für das Projekt:

**Neubau der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU) in Bad Hersfeld – Standorterweiterung II.**

Einzelheiten ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) sowie der Projektbeschreibung (Anlage 2).

## § 2 Grundlagen des Vertrages

1. Der AN hat seinen Leistungen zunächst diesen Vertragstext und danach die folgenden Vertragsgrundlagen zugrunde zu legen. Bei Widersprüchen der einzelnen Vertragsgrundlagen zueinander gelten diese in der nachfolgenden Reihenfolge, wobei die weiter oben stehende Grundlage vorrangig zu einer weiter unten stehenden Vertragsgrundlage Gültigkeit hat und innerhalb der einzelnen Vertragsgrundlagen die jeweils jüngere vor der älteren.

- Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**)
- Projektbeschreibung (**Anlage 2**)
- G-1 Preisblatt des AN (**Anlage 3**)
- G Angebotsblatt des AN (**Anlage 4**)
- G-2 Erklärung zur Kontinuität der Leistungserbringung (**Anlage 5**)
- Rahmenterminplan (**Anlage 6**)
- Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.
- Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. in Verbindung mit §§ 631 ff. und §§ 650b ff. BGB).
- Die auf das Bauvorhaben anwendbaren gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und Auflagen, insbesondere bau-, gewerbe-, feuerpolizeilicher Art.
- Die zum Abnahmezeitpunkt anerkannten Regeln der Technik.

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

- Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, selbst wenn im Angebot des Auftragnehmers auf solche verwiesen wird.
2. Die vorgenannten Vertragsgrundlagen sind dem AN bekannt. Er hat sämtliche Unterlagen und Pläne, die Grundlage dieses Vertrages sind, verantwortlich geprüft. Er übernimmt diese in seinen Verantwortungsbereich. Der AG haftet nicht für etwaige Fehler der Unterlagen und Pläne. Etwaige Fehler werden dem AG auch nicht gemäß § 254 BGB ganz oder teilweise als Mitverschulden zugerechnet, es sei denn, der AN macht unverzüglich und in jedem Falle vor Verwendung der Unterlagen und Pläne schriftlich Bedenken geltend, die der AG nicht ausräumt. Dies gilt auch für Unterlagen und Pläne, die der AG gegebenenfalls noch liefert. Diese sind vom AN im Rahmen des von ihm zu verantwortenden Aufgabenbereichs zu überprüfen.
  3. Bei einer Gefahr der Kostenüberschreitung hat der AN Einsparvorschläge zu erarbeiten.
  4. Die Beauftragung erfolgt stufenweise nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung:

Die Vertragsleistung wird in folgende Leistungsstufen unterteilt:

## Neubau

Leistungsstufe 1 (Neubau): Leistungsphasen 1 - 3

Leistungsstufe 2 (Neubau): Leistungsphasen 4 - 9

Zunächst beauftragt der AG den AN nur mit der „Leistungsstufe 1 (Neubau)“ einschließlich der sich aus den weiteren Vertragsunterlagen ergebenden Leistungen. Die Leistungen der weiteren Leistungsstufe kann der AG später zu den Bedingungen dieses Vertrags abrufen. Der Abruf der weiteren Leistungsstufe ist schriftlich zu erklären. Auf den Abruf der weiteren Leistungsstufe hat der AN keinen Anspruch. Bei Nichtabruf steht ihm insoweit kein Honorar zu. Sonstige aus dem Nichtabruf resultierende Ansprüche des AN, insbesondere solche auf Aufwendungs- oder Schadensersatz, sind ebenfalls ausgeschlossen.

## Abruf der Leistungsstufe 2 (Neubau)

Ruft der AG die Leistungen dieser Leistungsstufe nicht spätestens 8 Wochen nach Fertigstellung der Leistungen der vorherigen Stufe („Fertigstellung der Leistungen“ bedeutet für diese und die weiteren Stufen, dass der AN dem AG die Fertigstellung der Leistungsstufe in Textform angezeigt hat und keine wesentlichen Leistungen des AN, insbesondere keine wesentlichen Dokumentationsunterlagen fehlen, welche einem Testat durch dem AG im

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

Wege stehen. Die Frist von 8 Wochen beginnt nur, wenn keine wesentlichen Leistungen des AN fehlen.) ab, ist der AN berechtigt, ihm für den Abruf eine Frist von 3 weiteren Wochen zu setzen. Nach erfolglosem Fristablauf kann der AN diesen Vertrag kündigen. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und ist dem AG innerhalb von 2 Wochen nach Fristablauf zu erklären. Im Falle der Kündigung hat der AG nur die Leistungen der ausgeführten Leistungsstufe zu vergüten.

## § 3 Leistungen des AN

1. Der AN wird auf Basis dieses Vertrages und der in § 2 Abs. 1 angeführten Vertragsunterlagen alle Planungsleistungen erbringen, um die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und der Projektbeschreibung (Anlage 2) bezeichneten Planungsziele zu erreichen. Er hat dabei sparsam und wirtschaftlich zu handeln. Er hat des Weiteren schrittweise vorzugehen und die Planung stets mit dem AG abzustimmen.
2. Die Bauleistungen können nach Entscheidung des AG sowohl als Generalunternehmerleistung als auch als Einzelgewerke vergeben werden.
3. Die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und der Projektbeschreibung (Anlage 2) beschriebenen Leistungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und stellen die vom AN in jedem Fall zu erfüllenden Mindestanforderungen an eine vertragsgemäße und mangelfreie Leistungserbringung zur Herbeiführung des geschuldeten Werkerfolgs und der vereinbarten Beschaffenheit gemäß den in diesem Vertrag nebst Anlagen definierten Planungszielen dar. Die vom AN geschuldeten Leistungen umfassen deshalb auch Tätigkeiten, die dort nicht aufgeführt werden, die jedoch zur Einhaltung der in diesem Vertrag nebst Anlagen vereinbarten Vertragsziele erforderlich sind oder werden. Der AN schuldet auf Basis der bei Vertragsschluss bekannten Unterlagen alle für das Erreichen des Leistungserfolgs der geschuldeten Leistungsphasen erforderlichen Leistungen entsprechend der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und der Projektbeschreibung (Anlage 2).
4. Zu dem vom AN geschuldeten Werkerfolg gehört das Herbeiführen und Bewirken eines nach den Vorgaben des AG geplanten Bauvorhabens. Der AN hat hierbei insbesondere für eine vertragsgerechte Leistungserfüllung sämtlicher Projektbeteiligter, insbesondere der Planer, Sonderfachleute und übrigen Baubeteiligten sowie für eine Kontrolle aller planerischen und bauausführenden Bereiche im Sinne einer fachlichen Unterstützung des AG Sorge zu tragen.

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

5. Der AN stimmt mit dem AG und der von ihm beauftragten Projektsteuerung die Form der im Projekt zu erstellenden Dokumente der Planung, Ausschreibung und Vergabe, sowie der Bauüberwachung bis zur Projektübergabe rechtzeitig ab und erfüllt diese Anforderungen im Rahmen der geschuldeten Leistungen. Im Einzelnen gelten die Bestimmungen der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).

## § 4 Leistungsänderungen

1. Der AN hat in den Grenzen des § 132 GWB vertraglich nicht vereinbarte Leistungen, die sich durch eine Änderung während der Ausführung ergeben oder eine zusätzliche Leistung darstellen, auszuführen, sofern sein Betrieb hierauf eingerichtet ist.
2. Die Ausführung zusätzlicher Leistungen muss vom AG in Textform angeordnet werden.
3. Die Vergütung zusätzlicher Leistungen richtet sich nach § 12.

## § 5 Allgemeine Pflichten des AN

1. Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen.
2. Wird erkennbar, dass die Kostenziele, die quantitativen und qualitativen Ziele oder die vereinbarten Termine mit der bisherigen Planung, nach dem Ergebnis der Ausschreibung von Leistungen oder dem bisher vorgesehenen Bauablauf nicht erreicht werden können, hat der AN den AG unverzüglich schriftlich zu unterrichten und die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Quantitäten, Qualitäten und Termine des Objekts darzulegen
3. Der AN verpflichtet sich, eine Projektleitung für dieses Projekt zu bestimmen. Diese besteht aus folgenden Personen (hier werden die vom Bieter im Eignungsbogen angegeben Personen nach Vertragsschluss eingetragen):

Person 1 (Projektleiter):

Person 2 (stellvertretender Projektleiter):

Die Projektleitung muss jederzeit in der Lage sein, im Rahmen der Vertragserfüllung verbindliche Erklärungen abzugeben. Zur Abgabe von rechtsgeschäftlichen Erklärungen für den AG ist sie nicht befugt und nicht verpflichtet. Ein Austausch der im Eignungsbogen

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

benannten Personen für die Projektleitung und stellvertretende Projektleitung darf nur bei Sicherstellung gleicher Qualifikation und nach Zustimmung des AG vorgenommen werden. Der AG kann den Austausch der Projektleitung verlangen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt.

4. Der AN hat seiner Planung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zu Grunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.
5. Müssen Entscheidungen des AG eingeholt werden, hat der AN dem Auftraggeber unverzüglich ausreichende, bewertete Entscheidungsalternativen mit begründeten Empfehlungen vorzulegen und ihn bei der Entscheidungsfindung zu beraten.
6. Soweit der AN Unterlagen bzw. Vorgaben und Entscheidungen für die Ausführung seiner Leistungen benötigt, ist er verpflichtet, den AG so rechtzeitig schriftlich darauf hinzuweisen, dass der AN selbst seine Leistungen rechtzeitig erbringen kann.
7. Erhält der AN Unterlagen oder Auskünfte vom AG, insbesondere auch Planungsleistungen von im Auftrag des AG tätigen Planern, so hat er diese auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen, insbesondere darauf, ob sie vollständig und zutreffend sind.
8. Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Anerkennung oder Zustimmung des AG nicht eingeschränkt. Dies gilt nicht für den Fall des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit auf Seiten des AG.
9. Sollten Regelwerke in Überarbeitung sein oder Unklarheiten über die allgemein anerkannten Regeln der Technik vorliegen, die Einfluss auf die Planung und die Planungsergebnisse haben könnten, ist der AN verpflichtet, den AG hierüber unverzüglich zu informieren.
10. Der AG ist berechtigt, sich zu jeder Zeit in alle Planungs- und Abstimmungsschritte der Teilgeneralplanung einzuschalten und selbst an den Besprechungsrunden teilzunehmen.
11. Der Datenaustausch hat über eine IFC-Schnittstelle zu erfolgen. Für 2-D-Pläne ist das Format dwg/dxf in bearbeitbarer Form zu nutzen. Die Datenstruktur ist mit dem AG abzustimmen.
12. Die Planung ist mittels 3D-Modellierung durchzuführen.

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

13. Der AN ist zur Nutzung eines Projektkommunikationssystems nach Wahl des AG verpflichtet. Die Nutzung des vom AG zur Verfügung gestellten Projektkommunikationssystems ist für den AN kostenlos.

## § 6 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

1. Der AG wird grundsätzlich vertreten von:

Herrn Patrick Schmitz  
Frau Stephanie Gewehr

Nur die vorbenannten Personen sind berechtigt, dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn der AG schriftlich zustimmt.

2. Der AN hat den AG regelmäßig, mindestens 1x wöchentlich, über den Inhalt und den Ablauf seiner Leistung und über alle wesentlichen und den geplanten Inhalt und Ablauf beeinträchtigenden Ereignisse schriftlich zu unterrichten.
3. Der AN hat von allen Besprechungen mit Dritten (Planungs-, Bau- und Behördenabsprachen) Niederschriften anzufertigen und dem AG innerhalb von 5 Werktagen zuzuleiten.
4. Es werden regelmäßig, mindestens 1x pro Woche, Projektbesprechungen stattfinden, über die der AN stets Protokoll zu führen hat. Der AN übersendet das Protokoll 5 Werktage nach der Besprechung an den AG. Sofern nach Ermessen des AG kein Erfordernis für eine Projektbesprechung besteht, kann der AG oder ggf. ein von ihm beauftragter Dritter die Besprechung aussetzen.

## § 7 Arbeitsgemeinschaft

1. Sofern der AN eine Arbeitsgemeinschaft ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied, die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem AG. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.
2. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.



# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

3. Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

## § 8 Nachunternehmer

1. Der AN ist nach Maßgabe der folgenden Regelungen berechtigt, im eigenen Namen Dritte zu beauftragen, die ihm obliegenden Leistungen zu erfüllen (Nachunternehmer). Diese werden als Erfüllungsgehilfen des AN tätig. Der AN hat den AG rechtzeitig vor Einschaltung von Nachunternehmern zu informieren und ihm dabei Namen, gesetzliche Vertreter und Kontaktdaten der Nachunternehmer bekanntzugeben. Der AN bleibt dem AG gegenüber alleine für die ordnungsgemäße und mangelfreie Durchführung der nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen verantwortlich.
2. Grundlage des Angebots sind die nach Vertragsschluss durch den AN zu beauftragenden, nachfolgend aufgeführten Nachunternehmer:
  - Nachunternehmer 1:  
Leistung:
  - Nachunternehmer 2:  
Leistung:
  - Nachunternehmer 3:  
Leistung:

Der AG stimmt der Beauftragung der genannten Nachunternehmer mit Vertragsschluss zu.

3. Der AG kann der Beauftragung von nicht unter Abs. 2 genannten Nachunternehmern widersprechen, wenn er begründete Zweifel daran hat, dass ein Nachunternehmer die Vertragspflichten verlässlich erfüllen wird. Ergeben sich während der Vertragsdurchführung derlei Zweifel, kann der AG vom AN verlangen, dass dieser den Nachunternehmer austauscht. Der Austausch eines Nachunternehmers bedarf grundsätzlich der vorherigen Zustimmung des AG. Disbezüglich sind dem AG auf Verlangen sämtliche Qualifikationsnachweise des neuen Nachunternehmers sowie sonstige durch den AG zu definierende Unterlagen unverzüglich durch den AN zukommen zu lassen.

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

4. Der AN hat die Verträge mit den Nachunternehmern in der Weise zu gestalten, dass sie insbesondere im Hinblick auf Termin- und Kostensicherheit sowie Ansprüche wegen mangelhafter Planung und Versicherungspflicht den zwischen AG und AN geregelten Pflichten entsprechen. Der AN hat in den Verträgen mit den von ihm eingesetzten Nachunternehmern weiterhin zu vereinbaren, dass eine weitere Untervergabe nur nach Einwilligung des AG zulässig ist.
5. Soweit der AN Nachunternehmer beauftragt oder beauftragt hat, kann der AG verlangen, dass der AN seine Erfüllungs- und Mängelhaftungsansprüche gegen diese Nachunternehmer ganz oder teilweise an den AG abtritt.
6. Weicht der AN von seinen Angaben in der Erklärung zur Kontinuität der Leistungserbringung (G-2 Erklärung zur Kontinuität der Leistungserbringung) ab, hat er eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % der Gesamt-Auftragssumme bis einschließlich der Leistungsphase 8 zu zahlen, es sei denn ein Nachunternehmer übernimmt mehr Leistungsphasen als ursprünglich vorgesehen. Die Vertragsstrafe wird mit anderen Vertragsstrafen verrechnet.

## § 9 Termine und Fristen

1. Das Bauvorhaben steht unter Terminzwang. Die in Rede stehende Vergabe von Einzelgewerken bedingt, dass eine Vielzahl von Auftragnehmern parallel und aufeinander folgend auf der Baustelle tätig wird. Dies kann nur funktionieren, wenn den einzelnen Auftragnehmern ein Terminplan zur Verfügung gestellt wird, den diese befolgen können. Die Einhaltung von festen Terminen hat deshalb hohe Priorität bei der Entwicklung des Bauvorhabens und der Teilgeneralplanung.
2. Der AN hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird. Die Zielvorstellungen des AG sind unter Abs. 4 dargestellt.
3. Der AN hat dem AG alle vier Wochen in mit dem AG abgestimmter Form den aktuellen Stand im Terminplan darzulegen, eventuelle Abweichungen zu kennzeichnen und zu erläutern. Wird erkennbar, dass Termine nicht eingehalten werden können, hat der AN den AG über die voraussichtlichen Verzögerungen schriftlich zu unterrichten. Unterbleibt ein solcher Hinweis, kann sich der AG darauf verlassen, dass der Terminplan nicht gefährdet ist, es sei denn eine Abweichung ist offenkundig.

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

4. Es gilt der anliegende Rahmenterminplan (Anlage 6). Der abschließende Terminplan wird in Leistungsphase 3 erstellt. Dieser enthält verbindliche Vertragsfristen. Zu verbindlichen Vertragsfristen führen auch alle Termine, die im Rahmen von Planungs- und Bauherrenbesprechungen oder in Ablaufplänen einvernehmlich festgelegt werden.

## § 10 Einhaltung der Verpflichtung aus dem Mindestlohngesetz (MiLoG)

1. Der AN sichert dem AG zu,
  - den gesetzlich geforderten Mindestlohn in der jeweiligen aktuellen gesetzlich geforderten Höhe rechtzeitig zu bezahlen,
  - keinen Nachunternehmer einzusetzen, der den gesetzlichen Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - dass weder er noch einer seiner Nachunternehmer einen Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beauftragt, der diesen gesetzlichen Mindestlohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
  - dass weder für ihn noch für einen seiner Nachunternehmer Ausschlussgründe im Sinne des § 19 Absatz 1 MiLoG von der Vergabe öffentlicher Aufträge vorliegen.
2. Der AN verpflichtet sich, dem AG jederzeit auf Verlangen einen aktuellen Gewerbezentralregisterauszug sowie aktuelle Nachweise (z.B. Stundennachweise, anonymisierte Lohnabrechnungen, Mitarbeiterlisten) über die Zahlung des Mindestlohns von ihm und seinen Nachunternehmern unverzüglich vorzulegen.
3. Der AN wird dem AG unverzüglich über die Inanspruchnahme durch Dritte oder die Einleitung von Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz gegen sich oder gegen einen von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Nachunternehmern und/oder Verleiher unterrichten.
4. Der AN verpflichtet sich, die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtungen auch seitens der von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Nachunternehmer und/oder Verleiher sicherzustellen.
5. Der AN wird den AG von der Zahlung von Mindestlohn sowie generell von jeglichen Ansprüchen Dritter oder behördlichen Bußgeldern, die auf Verstößen gegen das Mindestlohngesetz durch den AN, durch einen seiner Nachunternehmer und/oder einen vom Auftragnehmer oder dessen Nachunternehmer beauftragten Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beruhen,

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

freistellen.

6. Im Falle der Nichteinhaltung vorstehender Pflichten ist der AG berechtigt, fällige Zahlungen an den AN einzubehalten, bis diese Pflichten erfüllt sind.
7. Sollte der AN gegen die vorstehenden Verpflichtungen verstoßen, ist der AG ungeachtet weitergehender Rechte befugt, ihm eine angemessene Frist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen und nach fruchtlosem Fristablauf den Vertrag zu kündigen.
8. Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Verpflichtungen ist der AG zur außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigt.

## § 11 Vergütung/Zahlung

1. Die Vergütung des AN für die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) genannten Grundleistungen, besonderen Leistungen und für sonstige in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) abgefragten Leistungen richtet sich nach den auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 2021 (HOAI) ermittelten und im Dokument „G-1 Preisblatt“ (Anlage 3) angegebenen Preisen.
2. Nebenkosten werden nicht vergütet.
3. Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.
4. Der AN ist berechtigt, für erbrachte Leistungen des AN monatlich angemessene Abschläge in Rechnung zu stellen. Die Parteien vereinbaren eine Zahlungsfrist von 30 Tagen ab Eingang der Abschlagsrechnung des AN bei dem AG.
5. Die vorbehaltlose Annahme der als solche gekennzeichneten Schlusszahlung schließt Nachforderungen aus. Einer Schlusszahlung steht es gleich, wenn der AG unter Hinweis auf geleistete Zahlungen weitere Zahlungen endgültig und schriftlich ablehnt. Auch früher gestellte, aber unerledigte Forderungen sind ausgeschlossen, wenn sie nicht nochmals vorbehalten werden. Ein Vorbehalt ist innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Schlusszahlung zu erklären und eingehend zu begründen.
6. Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Das Berichtigen der Abrechnung ist keine Nachforderung.

7. Im Falle einer Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der AN nicht berufen.

## § 12 Vergütung zusätzlicher Leistungen

1. Ordnet der AG über die innerhalb der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) genannten Grundleistungen und besonderen Leistungen hinaus weitere Leistungen an, so werden diese zusätzlich vergütet. Die Vergütung beruht auf der Grundlage von Stundensätzen. Als Stundensätze vereinbaren die Parteien die im Dokument „G-1 Preisblatt“ (Anlage 3) angebotenen Sätze für die optional abgerufene Leistungsphase 4.
2. Die Vergütung zusätzlicher Leistungen erfolgt nur dann, wenn der AN den AG vor Beginn der Ausführung der geänderten Leistungen auf die zusätzliche Vergütungspflicht nach diesem Vertrag, den Umfang der Abweichung vom bislang geschuldeten Planungssoll sowie den voraussichtlichen Umfang des zusätzlichen Arbeits- und Zeitaufwandes in Textform hinweist.
3. Die Abrechnung der zu vergütenden zusätzlichen Leistungen erfolgt auf der Basis von Stunden- bzw. Tageszetteln, die dem AG monatlich zur Freigabe vorzulegen sind. Eine Abrechnung auf der Basis von Stunden- bzw. Tageszetteln, die nicht oder nicht rechtzeitig eingereicht wurden, erfolgt nicht.

## § 13 Abtretung

Forderungen des AN gegen den AG dürfen nicht abgetreten werden.

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

## § 14 Kündigung

1. Der AG kann den Vertrag jederzeit ohne Angabe von Gründen mit einer Frist von zwei Wochen ganz oder teilweise kündigen. Die Vergütung des AN berechnet sich in diesem Falle gem. § 648 BGB.
2. AG und AN können den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Einer Kündigungsfrist bedarf es in diesem Falle nicht.
3. Ein wichtiger Grund zugunsten des AG liegt insbesondere dann vor, wenn die Baumaßnahme nicht durchgeführt oder nicht weitergeführt wird oder der AN Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt hat.
4. Kündigt der AG aus einem wichtigen Grund, den der AN zu vertreten hat, bemisst sich die Vergütung des AN gem. § 648a Abs. 5 BGB. Die Berechtigung des AG, Schadensersatz zu verlangen, wird durch die Kündigung nicht ausgeschlossen.
5. Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 15 bis 17 unberührt.

## § 15 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen

1. Mängel- und Schadensersatzansprüche des AG sowie der Gefahrübergang richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
2. Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## § 16 Haftpflichtversicherung des AN

1. Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens betragen:
  - für Personenschäden 5.000.000,00 €
  - für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) 3.000.000,00 €
2. Alle Summen sind zweifach maximiert pro Jahr. Der Versicherungsschutz ist über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten.

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

3. Der AN (bei mehreren Mitgliedern, jedes Mitglied) weist dem AG spätestens 10 Kalendertage nach Auftragserteilung den vorstehenden Versicherungsschutz nach. Weist der AN (bei mehreren Mitgliedern, jedes Mitglied) den Versicherungsschutz nicht fristgemäß nach, ist der AG zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

## § 17 Herausgabeansprüche der AN

1. Der AN hat dem AG nach Abschluss einer Leistungsphase eine Ausfertigung der entsprechenden Unterlagen, insbesondere die von der Behörde geprüften und genehmigten Bauantragsunterlagen, behördliche Abnahmebescheinigungen und Prüfberichte, Revisionspläne sämtlicher Gewerke (in Papierform und digitaler Form, bei Plänen des AN in pdf-Format und einem zur Weiterverwertung fähigem Format, z.B. „dwg“), Betriebsbeschreibungen der technischen Installationen und die Ausführungspläne zu überlassen.
2. Der AN ist verpflichtet, den AG nach Fertigstellung seiner Leistungen, vor der Abnahme eine Dokumentation nebst allen Planungsunterlagen in Papierform und - soweit vorhanden - in digitaler Form als PDF und bei Plänen zusätzlich in einem zur Weiterverwertung fähigen Format (z.B. „dwg“) jeweils in zweifacher Ausfertigung - auf Anforderung auch in dreifacher - zu überlassen. Bis zur Übergabe dieser Unterlagen steht dem AG ein Zurückbehaltungsrecht in Höhe von bis zu 2 % der Nettoschlussrechnungssumme zu.
3. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an den von ihm erstellten Planungs- und Bauunterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Bauvorhabens erforderlich sind, ist ausgeschlossen.

## § 18 Urheberrecht

1. Der AG darf die vom AN für das Projekt erstellten Unterlagen, Pläne sowie das Ergebnis der ausgeführten Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen, ändern und die Änderungen umfassend nutzen.
2. Soweit die vom AN gefertigten Unterlagen, Pläne und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen (nachfolgend: Arbeitsergebnisse) urheberrechtlich geschützt sind, überträgt der AN dem AG im Zeitpunkt des Entstehens das ausschließliche, inhaltlich, zeitlich und örtlich unbeschränkte Recht zur umfassenden Nutzung der Arbeitsergebnisse. Davon erfasst ist insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und öffentlichen Wiedergabe,

# E. Ingenieurvertrag

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

beispielsweise zur öffentlichen Zugänglichmachung, der Arbeitsergebnisse. Der AG ist berechtigt, die Arbeitsergebnisse, beispielsweise das ausgeführte Werk, nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des AN zu ändern, insbesondere umzubauen, zu modernisieren oder wiederherzustellen, und die Änderungen gemäß der Rechtseinräumung umfassend zu nutzen. Der AG ist auch berechtigt, die Arbeitsergebnisse durch einen Dritten vollenden zu lassen.

3. Der AG ist berechtigt, ohne Zustimmung des AN die Rechte an den Arbeitsergebnissen unbeschränkt auf Dritte zu übertragen oder weiter- bzw. unterzulizenzieren, beispielsweise im Fall einer Veräußerung.
4. Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse und beabsichtigt dabei den Namen des AN zu nennen.
5. Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche aus der vorstehend erfolgten Rechtsübertragung abgegolten.

## § 19 Abnahme und Verjährung

Ansprüche des AG gegen den AN verjähren in fünf Jahren, beginnend mit der Abnahme der Leistungen. Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

## § 20 Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB und Antikorruptionsklausel

1. Ausschlussgründe im Sinne des § 123 Abs. 4 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und des § 124 Abs.1 Nr. 3 und Nr. 8 GWB berechtigen den AG zur Kündigung aus wichtigem Grund.
2. Eine Kündigung des AG aus wichtigem Grund kann daher insbesondere erfolgen wenn
  - a) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass der AN seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.
  - b) der AN im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des AN infrage gestellt wird. Dabei ist das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person dem AN zuzurechnen, wenn diese Person



# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

als für die Leitung des AN Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

c) der AN in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

3. Ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne GWB, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlung.
4. Die Möglichkeit der Kündigung des Vertrages nach § 133 GWB bleibt unberührt.
5. Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund, die wegen eines in Abs. 1 genannten Grundes erfolgt, hat der AN dem AG alle Schäden zu ersetzen, die dem AG unmittelbar oder mittelbar durch die Kündigung entstehen. Sofern der AG keinen höheren Schaden nachweist, hat der AN an den AG eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Brutto- Auftragssumme dieses Vertrages zu bezahlen. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der AN diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.
6. Liegt ein Ausschlussgrund nach § 124 Abs.1 Nr. 3 GWB vor, weil der AN nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung § 333 StGB oder Bestechung § 334 StGB) begangen hat, hat der AN an den AG für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob der AG den Vertrag kündigt oder nicht. Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Brutto-Auftragssumme dieses Vertrages. Weitergehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatz angerechnet.

## § 21 Ergänzende Vereinbarungen

1. Gerichtsstand für Ansprüche aus oder in Verbindung mit dem vorliegenden Vertragsverhältnis ist Berlin.

# E. Ingenieurvertrag

---

Vorhaben: Fachplanung-TGA (Anlagengruppe KG 471 - Küchentechnische Anlagen) für einen Neubau der DGUV (HGU) Bad Hersfeld – Standorterweiterung II (26\_EU\_020)

---

2. Das Vertragsverhältnis unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
3. Werden Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, so wird die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich gleichwertige zu ersetzen.
4. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch und insbesondere für Änderungen und Ergänzungen der vorstehenden Schriftformklausel.

Ort ....., den .....

.....

Auftraggeber

Ort ....., den .....

.....

Auftragnehmer